

Vortrag der Agglomerationskommission (AKO) an den Stadtrat**Agglomerationskommission: Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015****1 Ausgangslage**

Die Agglomerationskommission (AKO) wurde vom Stadtrat erstmals für die Legislatur 2005–2008 als nicht ständige Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, die Entwicklung der Agglomerationspolitik auf kantonaler und regionaler Ebene zu verfolgen. Nach der Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland wurde die AKO mit Beschluss der Stimmberechtigten auf den 1. Januar 2013 in eine ständige parlamentarische Kommission überführt. Sie erstattet dem Stadtrat jährlich Bericht über ihre Aktivitäten. Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die Tätigkeit der AKO im Jahr 2015 und ist am 24. Februar 2016 zuhänden des Stadtrats verabschiedet worden.

2 Zusammensetzung

Die AKO hatte im Berichtsjahr fünf Rücktritte zu verzeichnen. Am Jahresende gehörten der Kommission die folgenden 11 Stadträtinnen und Stadträte an:

Daniela Lutz-Beck (GFL/EVP), Präsidentin
Hans Ulrich Gränicher (SVP), Vizepräsident
Isabelle Heer (BDP/CVP)
Ueli Jaisli (SVP)
Ingrid Kissling-Näf (SP)
Peter Marbet (SP)
Melanie Mettler (GLP)
Patrizia Mordini (SP)
Stéphanie Penher (GB/JA!)
Alexandra Thalhammer (FDP)
Luzius Theiler (AL/GPB-DA/PdA+)

3 Aufgaben und Zuständigkeiten der AKO

Aufgaben und Zuständigkeiten der AKO ergeben sich aus Artikel 72e der Gemeindeordnung und Artikel 25a des Geschäftsreglements des Stadtrats. Demnach übt die Kommission im Auftrag des Stadtrats die Aufsichtsfunktion über die städtische Agglomerationspolitik aus, lässt sich regelmässig vom Gemeinderat über die agglomerations- und regionalpolitischen Aktivitäten der Stadt informieren und bringt dabei die Sicht des Stadtrats ein. Weiter prüft sie alle Sachgeschäfte, welche die Agglomerationspolitik betreffen, nimmt Stellung im Rahmen von Mitwirkungsverfahren und ist zuständige Kommission für ein allfälliges Behördenreferendum gegen einen Beschluss der Regionalversammlung. Sie pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten und Akteuren und Akteurinnen in der Region mit dem langfristigen Ziel, eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Dazu führt sie regelmässig Tagungen zu aktuellen Themen der Agglomerationspolitik durch.

4 Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2015 zu sechs ordentlichen Kommissionssitzungen. Hinzu kamen die jährliche Tagung und ein Vernetzungsanlass mit den umliegenden Gemeinden, der im Beisein des Stadtpräsidenten im Erlacherhof durchgeführt wurde. Stadtpräsident Alexander Tschäppät und Regula Buchmüller (Leiterin der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik) nahmen regelmässig an den Sitzungen der AKO teil und informierten die Kommission über die Aktivitäten des Gemeinderats. Im Zentrum der Kommissionsarbeit standen die folgenden Themen:

Regionalversammlungen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM)

Die von den Präsidentinnen und Präsidenten der 85 Gemeinden gebildete Regionalversammlung der RKBM traf sich am 20. März, am 25. Juni und am 10. Dezember 2015 zu ihren ordentlichen Sitzungen. Der Gemeinderat hat die AKO jeweils vorgängig über die traktandierten Geschäfte und seine Haltung zu den Vorlagen informiert. An den Regionalversammlungen war in der Regel auch eine Vertretung der AKO präsent, um sich zu vernetzen und sich über die Arbeitsweise der Regionalkonferenz ins Bild zu setzen. Aus städtischer Sicht interessierte im Berichtsjahr insbesondere die Behandlung der Leistungsverträge 2016–2019 mit den 13 Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung, die auf der Basis des revidierten Kantonalen Kulturförderungsgesetzes (KFG) zwischen Stadt, Kanton und Regionsgemeinden ausgehandelt wurden. Der neue Finanzierungsschlüssel sieht für die Vertragsperiode 2016-2019 eine Kostenbeteiligung der Regionsgemeinden von 12 statt wie bisher 11 Prozent an den jährlichen Gesamtkosten von rund 50 Mio. Franken und damit eine finanzielle Entlastung der Standortgemeinden vor. Die Regionalversammlung stimmte den Leistungsverträgen am 20. März 2015 mit deutlichem Mehr zu.

Im Übrigen befasste sich die Regionalversammlung vorwiegend mit statuarischen Geschäften. Am 10. Dezember 2015 verabschiedete sie einstimmig das Budget der RK für 2016, das bei einem Gesamtaufwand von knapp 10 Mio. Franken mit einem Überschuss von 17'200 Franken rechnet. Der Pro-Kopf-Beitrag der Gemeinden kann um 33 Rappen auf CHF 4.29 reduziert werden. Gleichzeitig bewilligte die Regionalversammlung einen Kredit von 1,2 Mio. Franken zur Finanzierung einer neuen Personalvorsorgelösung. Sie sieht einen Anschluss an die ASGA Pensionskasse per 1. Januar 2016 mit gleichzeitigem Wechsel vom Leistungs- ins Beitragsprimat vor. Die Gemeinden übernehmen einen Kostenanteil von maximal 357'000 Franken verteilt über die Jahre 2016-2018. Schliesslich verabschiedete die RK ihre langjährige Geschäftsführerin Isabelle Meyer Stalder. Ihre Funktion übernimmt ab 1. Januar 2016 Guiseppina Jarrobino.

Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen

Als vorberatende Kommission für die Geschäfte der RKBM behandelte die AKO am 4. März 2015 die städtische Vorlage zu den Leistungsverträgen mit den Kulturinstitutionen 2016-2019. Die Kommission stimmte den Verträgen mit den insgesamt neun tripartit von Kanton, Stadt und Regionsgemeinden finanzierten Institutionen zu und beantragte dem Stadtrat, die entsprechenden Kredite zu bewilligen bzw. zuhanden der Volksabstimmung zu verabschieden. Zusätzlich beantragte die AKO dem Stadtrat, den Gemeinderat zu beauftragen, bei der RK die Erstellung eines Erfahrungsberichts über die Umsetzung des Finanzierungsmodells im Kulturbereich und die Erarbeitung ein Evaluationskonzepts zu den Leistungsverträgen mit den Kulturinstitutionen zwei Jahre nach Beginn der neuen Vertragsperiode zu erwirken. Der Stadtrat stimmte dieser Forderung am 12. März 2015 deutlich zu, doch in der Regionalversammlung wurde der entsprechende Antrag von den Regionsgemeinden nicht unterstützt und einstimmig gegen die 44 Stimmen der Stadt Bern abgelehnt.

Öffentliche Mitwirkungen

Gemäss ihrem Auftrag prüft die AKO alle Geschäfte, welche die Agglomerationspolitik der Stadt betreffen und kann in diesem Rahmen Mitberichte zuhanden der anderen Kommissionen sowie Dritten verfassen und sich vernehmen lassen. Im Berichtsjahr hat sich die Kommission an der Mitwirkung zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepts RGSK II beteiligt und am 17. Juni 2015 eine Stellungnahme zuhanden der RKBM verabschiedet. Darin begrüsst die AKO das RGSK II als Weiterführung der regionalen Entwicklungsplanung und unterstützt die Zielsetzung einer qualitativ hochwertigen inneren Verdichtung der Siedlungsräume. Sie erachtet das Konzept als geeignetes planerisches Instrument, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass eine aktive Planungs politik den steigenden Mobilitätsbedarf nicht nur bedienen, sondern vielmehr mit planerischen Massnahmen gemäss politisch formulierten Zielen lenken solle. Das RGSK II wird 2016 von der Regionalversammlung der RK behandelt und zuhanden des Kantons verabschiedet.

Im Rahmen der Beschäftigung mit dem aktualisierten RGSK hat sich gezeigt, dass die nachhaltige Entwicklung des Lebensraums Bern einen hohen Grad an gemeinsamer und koordinierter Planung über die Gemeindegrenzen hinweg verlangt. Deshalb hat sich die AKO im Oktober 2015 erstmals im Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens einer angrenzenden Gemeinde eingebracht und mit der Regionalkommission Muri-Gümligen eine gemeinsame Stellungnahme zum überarbeiteten Räumlichen Leitbild der Gemeinde Muri-Gümligen eingereicht. Dabei konnten in verschiedenen Bereichen gemeinsame Positionen formuliert werden, so sprachen sich beide Kommissionen für einen haushälterischen Umgang mit Platzressourcen aus (Wohnen, Mobilität) und betonten die Wichtigkeit der inneren Verdichtung und der sorgsamten Entwicklung im Kerngebiet unter Wahrung von zentralen Freiräumen. Diese Art der Kooperation kann aus Sicht der AKO zu einer Verbesserung der gemeindeübergreifenden politischen Zusammenarbeit beitragen.

Regionale Vernetzung

Die Vernetzung und Kontaktpflege mit den umliegenden Gemeinden gehörte auch im Berichtsjahr zu den thematischen Schwerpunkten der Kommission. Die Beziehungspflege und der dazugehörige Informationsaustausch sollen das gegenseitige Verständnis in der Region fördern und zur Vertrauensbildung beitragen. Am 21. Januar 2015 beschloss die AKO, die im Vorjahr aufgenommene Vernetzungstätigkeit mit den an die Stadt angrenzenden Gemeinden weiterzuführen, wobei das Augenmerk stärker als bisher auf die Beziehungen zu anderen kommunalen Parlamenten gerichtet werden sollte. Ziel der Vernetzungsaktivitäten ist es, persönliche und informelle Kontakte mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden zu schaffen und einen persönlichen Austausch über gemeinsame Themen und Interessen, aber auch über die Schwierigkeiten im Verhältnis von Stadt und Agglomeration zu ermöglichen.

Eine vielfältige regionale Vernetzung schafft die Grundlage, um eine bessere Zusammenarbeit mit den Gemeinden etablieren zu können. Die AKO hat deshalb am 6. Mai 2015 beschlossen, wie 2013 einen Vernetzungsanlass durchzuführen. Der Teilnehmerkreis wurde geringfügig erweitert und umfasste neben den Vertretungen aus den angrenzenden Gemeinden zusätzlich alle Parlamentsgemeinden im Perimeter der RKBM. Schliesslich trafen sich am 12. August rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter 25 Vertreterinnen und Vertreter der Agglomerationsgemeinden, im Erlacherhof und diskutierten im Beisein des Stadtpräsidenten und des städtischen Finanzdirektor Alexandre Schmidt das Thema „Finanzströme und institutionelle Zusammenarbeit in der Stadtregion Bern.“ Als Ausgangspunkt der Diskussion diente ein Referat von Gerhard Engel, stv. Generalsekretär der kantonalen Finanzdirektion, der detailliert und kenntnisreich darlegte, wie die Verbundaufgaben von Kanton, Stadt und Gemeinden gemeinsam erfüllt und im Rahmen des Finanz- und Lastenausgleichs (FILAG) finanziert werden.

Dem Bedürfnis nach einer besseren Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und der agglomerationspolitisch aktiven Organisationen entsprang auch die erstmals durchgeführte Plattform Region Bern am 5. Juni 2015 in Münsingen. Dabei handelte es sich um einen öffentlichen Informationsaustausch von sieben regionalen Organisationen (AKO, Bern Neu Gründen, Fokus Bern, Hauptstadtregion Bern, RKBM, Standortförderung Kanton Bern, Wirtschaftsraum Bern), zu dem Behördenmitglieder aus der Region Bern-Mittelland und Vertreterinnen und Vertreter der Berner Wirtschaft eingeladen waren. Kommissionspräsidentin Daniela Lutz stellte die AKO kurz vor und informierte über Art und Ziele ihrer Tätigkeit sowie über aktuell laufende Projekte. Initianten der Plattform Region Bern sind die beiden ehemaligen Gemeindepräsidenten Christian Zahler (Ostermundigen) und Hans-Rudolf Saxer (Muri-Gümligen), die den Anlass vorbereitet und mit Unterstützung der RKBM durchgeführt haben. Für das Jahr 2016 ist bereits eine zweite Auflage der Plattform im Kornhausforum in Bern geplant.

Berichterstattung des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik

Der Gemeinderat orientiert die AKO zweimal jährlich über die städtische Agglomerationspolitik. Die mündliche Berichterstattung durch den Stadtpräsidenten erfolgte am 17. Juni 2015. Er informierte die Kommission über den aktuellen Stand verschiedener Verkehrsprojekte, die für die gesamte Agglomeration von Bedeutung sind, so beispielsweise die Engpassbeseitigung A6 Wankdorf-Muri, den geplanten Ausbau des Hauptbahnhofs Bern (ZBB) und die Gestaltung des öffentlichen Verkehrs zwischen Stadt, Köniz und Ostermundigen nach der Ablehnung des Tram Region Bern. Weiter wurden die Standortwahl für den Bau eines neuen Campus der BFH, die städtische Planungsvorlage Vierer- und Mittelfeld sowie das Vorhaben der BLS, in Riedbach eine neue Werkstätte zu erstellen, ausführlich diskutiert.

Am 25. November 2015 behandelte die AKO den jährlichen Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat zur Agglomerationspolitik. Der Bericht informiert wie in den Vorjahren über die agglomerationspolitischen Projekte der Stadt und die kommenden Aufgaben, ist aber neu strukturiert und fokussiert in erster Linie auf jene Projekte, welche einen Agglomerationsbezug im engen Sinn aufweisen und politisch relevant sind. Die Auswahl dieser kommentierten „Projekte von grosser Tragweite“ basiert dabei auf einer neuen Definition von Agglomerationspolitik, die unterschiedliche politische Handlungsfelder und Akteure bzw. Partner beschreibt. Agglomerationsprojekte im engen Sinn sind demnach für die Stadt Bern solche, die in Zusammenarbeit mit den Gemeinden der Kernagglomeration Bern und im Rahmen der RKBM erarbeitet werden. Aktuell gilt dies für die Projekte ÖV-Linie 10, Velorouten (RGSK II), Sportinfrastruktur, Förderung Wirtschaftsraum Bern und Standort Fachhochschule. Für weitere Informationen wird auf den Bericht des Gemeinderats vom 4. November 2015 verwiesen.

Diese neue Art der Berichterstattung entspricht einem Anliegen des Stadtrats, der mehrmals beklagt hatte, dass die Auswahl der Projekte in der gemeinderätlichen Berichterstattung und deren Agglomerationsbezug nicht nachvollziehbar seien. Die AKO begrüsst die neue Form der Berichterstattung: Durch die Konzentration auf die Projekte mit engem Agglomerationsbezug bietet der Bericht einen knappen und gleichwohl informativen Überblick über die aktuell relevanten Fragen der Regional- und Agglomerationspolitik und zeigt auf, welche Ziele die Stadt im Rahmen der verschiedenen Projekte und in der Zusammenarbeit mit den regionalen Institutionen verfolgt. Die AKO hat den Bericht des Gemeinderats mehrheitlich positiv gewürdigt und zustimmend zur Kenntnis genommen. Er wird dem Stadtrat zusammen mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht der Kommission im Frühjahr 2016 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

5 Tagung in Zollikofen

Die jährliche Tagung der AKO zur Agglomerationspolitik mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden der Regionalkonferenz Bern-Mittelland fand am 6. November 2015 statt. Nachdem die Veranstaltung 2014 in der Stadt Bern durchgeführt wurde, war die AKO im Berichtsjahr in den Räumlichkeiten der GEWA Stiftung für berufliche Integration in Zollikofen zu Gast. Die Tagung stand unter dem Titel „Bildungsstandort Bern: Stadt und Agglomeration engagieren sich“ und widmete sich der Frage nach der Bedeutung des Bildungsstandorts für die Entwicklung von Stadt und Region Bern. Besonders intensiv wurde dabei die geplante Standortkonzentration der Berner Fachhochschule BFH diskutiert, die aktuell in den zuständigen Gremien auf kantonaler Ebene beraten und voraussichtlich 2016 entschieden wird.

Das Vormittagsprogramm umfasste drei Referate und eine Podiumsdiskussion. Zunächst befasste sich Heike Mayer, Professorin für Wirtschaftsgeografie und Regionalforschung, mit dem Einfluss von Universitäten auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region und stellte fest, dass Universitäten durch ihre Aus- und Weiterbildungsfunktion einen wichtigen Beitrag leisten. Um die wirtschaftlichen Effekte der Hochschulen regional nutzen zu können, ist allerdings ein unternehmerisches Startup-Ökosystem notwendig, das in der Stadtregion Bern noch gestärkt werden kann. Anschliessend erläuterte Prof. Herbert Binggeli, Rektor der BFH, Struktur und Leistungsauftrag der BFH mit den entsprechenden Fachbereichen. Er befürwortet eine Standortkonzentration und verspricht sich davon eine Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit, eine Reduktion der Betriebskosten und eine höhere Attraktivität für externe Partner. Schliesslich zeigte Andrea Diem, Bildungsforscherin und Mitarbeiterin der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), wie sich der Übergang von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in den Arbeitsmarkt gestaltet und dass die Bildungsforschung wertvolle Grundlagen für die politische Diskussion und Entscheidungsfindung liefern kann.

Die Referate bildeten den Ausgangspunkt für die Podiumsdiskussion. Dort diskutierten Stadtpräsident Alexander Tschäppät, Druckereiunternehmer Peter Stämpfli und Raymond Anliker, Direktor des Bildungszentrums für Wirtschaft und Dienstleistung (bwd), über die regionale Bildungspolitik und die Perspektiven des Bildungsstandorts Bern. Die Teilnehmer waren sich einig darin, dass die Standortattraktivität der Stadtregion Bern auch vom Vorhandensein eines guten und umfassenden Bildungsangebots auf allen Stufen abhängig ist. Am Nachmittag setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei Workshops vertieft mit den Inputs aus den Fachreferaten und der Podiumsdiskussion auseinander und präsentierten ihre Erkenntnisse im Plenum. Detaillierte Informationen zu den Referaten, zur Podiumsdiskussion und zu den Ergebnissen der Workshops sind im ausführlichen Tagungsbericht enthalten und können auf der Website des Stadtrats abgerufen werden (www.bern.ch/stadtrat/parlamentsbetrieb/ratssekretariat/publikationen).

Die AKO freut sich über die gelungene Veranstaltung. Die Tagung hat aus der Sicht der Kommission deutlich gemacht, dass die Zukunft der Stadtregion Bern als attraktivem Bildungsstandort nur gemeinsam gestaltet werden kann. Wie in den Vorjahren stiess der Anlass auf grosses Interesse: Rund 70 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, davon mehr als 40 Vertreterinnen und Vertreter der Regionsgemeinden. Sie setzten sich intensiv mit den Fragen rund um den Bildungsstandort Stadt und Region Bern auseinander und nutzten die Gelegenheit, Kontakte mit Parlaments- und Exekutivmitgliedern aus anderen Gemeinden zu knüpfen und bestehende Beziehungen zu vertiefen. Die interessanten und engagierten Debatten in den Workshops zeigten, dass die Teilnehmenden auch in diesem Jahr die Diskussion und den Erfahrungsaustausch im kleinen Kreis schätzten.

6 Fazit

Die AKO kann erneut auf ein abwechslungsreiches und spannendes Jahr zurückblicken. Zwar hat die (geplante) Vernetzungstätigkeit auf persönlicher Ebene etwas an Intensität eingebüsst, gleichzeitig wurden aber die Kommunikation und der Austausch mit den Regionsgemeinden im Berichtsjahr weiter gepflegt. Dank ihrer Mitwirkung bei der Plattform Region Bern, der Durchführung eines Vernetzungsanlasses und der jährlichen Herbsttagung präsentierte sich die AKO weiterhin als wichtige und aktive Akteurin in der Regional- und Agglomerationspolitik. Dies wird auch vom Gemeinderat anerkannt, so schreibt er in seinem Bericht, dass er die Aktivitäten der Agglomerationskommission als Ergänzung zu seinen eigenen Tätigkeiten im Bereich der Agglomerationspolitik schätze und die Arbeitsteilung zwischen Exekutive und Legislative gut funktioniere und in dieser Form weitergeführt werden solle.

Auch die AKO schätzt die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, mit Stadtpräsident Alexander Tschäppät und mit der Abteilung für Aussenbeziehungen und Statistik (AUSTA) sehr. Die periodische Berichterstattung des Gemeinderats und die Information über laufende Projekte liefern der AKO wertvolle Hinweise für ihre eigenen Aktivitäten. Als besonderen Erfolg wertet die Kommission im Berichtsjahr ihre Fachtagung, die mit dem Thema regionale Bildungspolitik und Standortkonzentration BFH den Fokus auf einen Bereich gelegt hat, der politisch aktuell und für die gesamte Stadt von grossem Interesse ist. Dabei wurde erneut deutlich, wie unterschiedlich die Wahrnehmungen von Stadt und Agglomerationsgemeinden in einzelnen Fragen sind und wie wichtig deshalb die Pflege und Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen ist.

7 Antrag

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2015 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

24. Februar 2016

Agglomerationskommission